

Schmahl, Hans-Jürgen

Article — Digitized Version
Lästige Warnungen

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmahl, Hans-Jürgen (1984) : Lästige Warnungen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 64, Iss. 5, pp. 210-211

This Version is available at:
<https://hdl.handle.net/10419/135914>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Lästige Warnungen

Eine alte Erfahrung scheint sich erneut zu bestätigen: Im Aufschwung wird die Konjunktur meistens unterschätzt. In diesem Jahr sind die Prognosen allgemein nach oben revidiert worden, selbst diejenigen, die zunächst als ziemlich optimistisch galten. Zugleich ist die Scheu geschwunden, den Aufschwung auch als solchen zu bezeichnen. Lange wurde von einer „Besserung“, „Erholung“ oder „Aufwärtsbewegung“ gesprochen, obwohl schon im Laufe des Jahres 1983 das formale Kriterium eines Aufschwungs erfüllt war. Nach einer weit verbreiteten Definition ist das der Fall, wenn die gesamtwirtschaftliche Produktion laufend – also etwa von Quartal zu Quartal – mehr steigt als das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential. Das tat sie, wie gesagt, schon im vorigen Jahr. Es bedurfte wohl erst so beachtlicher Anstiegsraten von Nachfrage und Produktion, wie sie in den vergangenen Monaten zu beobachten waren – die relativ ungünstigen Daten im März sind zweifellos „Ausreißer“ –, um den Begriff Aufschwung wieder hoffähig zu machen.

Hat die Konjunktur erst einmal so weit Tritt gefaßt, stellt sich die Frage, ob sie auch „selbsttragend“ ist. Der Bundeswirtschaftsminister erkannte dem gegenwärtigen Aufschwung bei der Eröffnung der Hannover-Messe dieses Prädikat zu. Aber auch die fünf großen Wirtschaftsforschungsinstitute sprachen in ihrem Gemeinschaftsgutachten zur Konjunkturlage davon, daß der Aufschwung als selbsttragend bezeichnet werden könne. Heißt dies, daß nun die wirtschaftliche Entwicklung auf sicherem Wege zur Lösung aller Probleme ist? Ein solches Urteil wäre schon angesichts der akuten Unsicherheiten voreilig, wie sie sich etwa aus den Auseinandersetzungen in der Tarifpolitik ergeben. Es wäre auch vor dem Hintergrund der fortbestehenden Wachstumshemmnisse im In- und Ausland überraschend.

Tatsächlich lag es den Verfassern des Gemeinschaftsgutachtens fern, das Bild einer wirtschaftlich heilen Welt zu zeichnen. Im Gegenteil, die oft zitierte Aussage über den „selbsttragenden Aufschwung“ ist aus dem Zusammenhang herausgenommen worden. Tatsächlich heißt es: „Der Aufschwung ... kann als selbsttragend bezeichnet werden, wenn darunter eine Aufwärtsbewegung verstanden wird, die auch nach dem Abklingen geld- und finanzpolitischer Impulse anhält. Dies ist jedoch noch nicht gleichbedeutend mit einer nachhaltigen Verstärkung des – unzulänglichen – Wachstums des Produktionspotentials. Hierauf kommt es indes entscheidend an, sollen die Beschäftigungsprobleme gelöst werden. Ob dieses Ziel erreicht wird, ist angesichts der binnen- und außenwirtschaftlichen Unsicherheiten und fortbestehenden Mängel bei den Rahmenbedingungen immer noch eine offene Frage.“

Es geht um zwei verschiedene Dinge: Erstens um einen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion, der eine erhöhte Auslastung des Produktionspotentials bewirkt (Konjunkturaufschwung), und zweitens um eine wieder stärkere, zu mehr Arbeitsplätzen führende Zunahme des Produktionspotentials selbst (verstärktes Potentialwachstum). Der erste Teil ist insoweit erreicht, als ein Aufschwung in Gang kam und allmählich an Stärke gewann. Nun

muß alles vermieden werden, was ihn schwächen und vorzeitig beenden könnte. Vorzeitig heißt, bevor die Erschöpfung des zyklischen Teils der Auftriebskräfte den Aufschwung ohnehin erlahmen läßt, womit früher oder später gerechnet werden muß. Der zweite Teil, die Verstärkung des Potentialwachstums, erfordert eine nachhaltige Kräftigung der Investitionstätigkeit, also eine ganz bestimmte Qualität des Aufschwungs. Die günstige Entwicklung von Investitionsneigung und -tätigkeit in den vergangenen Monaten, also ohne Beeinflussung durch die Investitionszulage, deutet darauf hin, daß der Weg zu einem verstärkten Potentialwachstum eingeschlagen ist. Nun kommt es darauf an, diese Entwicklung nicht zu gefährden.

Gefährdungen inländischer Herkunft – auf die äußeren haben wir ohnehin kaum Einfluß – gehen gegenwärtig vor allem von der Tarifpolitik aus. Dabei ist nicht in erster Linie an die Ausfälle von Produktion und Einkommen zu denken, die mit größeren und längerdauernden Streiks verbunden sind, so ärgerlich solche Ausfälle auch sind. Entscheidend sind vielmehr die Weichenstellungen, die nun vorgenommen werden. In der diesjährigen Tarifrunde geht es zunächst nur in den Bereichen weniger Einzelgewerkschaften um die Einführung der 35-Stunden-Woche. Würde damit aber eine Welle allgemeiner und erheblicher Verkürzung der Wochenarbeitszeit eingeleitet, dann würden sich damit die mittelfristigen Perspektiven für die wirtschaftliche Entwicklung erheblich verändern. Wie die Bedingungen für die Arbeitszeitverkürzung auch im einzelnen aussehen würden – Arbeit würde teurer (vor allem im Verhältnis zum Kapital) und in wichtigen, schon heute kaum ausreichend verfügbaren Qualifikationen knapper. Zugleich würden die Aussichten auf steigende Realeinkommen sehr viel schlechter. (Dies alles sieht in den von Wunschenken geprägten Rechnungen der Befürworter von Arbeitszeitverkürzungen natürlich ganz anders aus.) Unter dem Eindruck solcher Perspektiven würde es wohl kaum zu einer Investitionstätigkeit kommen, die nach Art und Umfang geeignet wäre, in Zukunft wieder mehr rentable Arbeitsplätze bereitzustellen. Vielmehr würde dann die Anwendung arbeitssparender Technologien weiter an Boden gewinnen, und mehr statt weniger Arbeitslosigkeit wäre die wahrscheinliche Folge.

Die Tarifpolitik ist jedoch nicht der einzige Bereich, der Anlaß zur Sorge gibt. Auch in der Wirtschafts- und Finanzpolitik sind viele Versäumnisse und manche kritisch zu bewertenden Tendenzen zu erkennen. Es ist einzuräumen, daß die ordnungspolitische Aufgabe – allgemeiner Tenor: mehr Markt, weniger Staat, größere Flexibilität für die wirtschaftlich Handelnden – nicht in kurzer Zeit und durch wenige Weichenstellungen zu lösen ist. Aber es besteht die Gefahr, daß aus der Besserung der Wirtschaftslage geschlossen wird, eigentlich sei alles Notwendige geschehen. Davon kann jedoch überhaupt keine Rede sein. Viel „mehr Markt und weniger Staat“ hat die neue Bundesregierung noch nicht geschaffen. Darüber hinaus gibt es mancherlei Anzeichen, die auf das ordnungspolitische Verständnis in Teilen der Koalition ein merkwürdiges Licht werfen. In der Diskussion um die Steuerreform erweist sich, daß auch in dieser Koalition viele Politiker mehr ans Umverteilen als an die Verbesserung der Bedingungen für Wirtschaftswachstum denken. In der Wohnungsbaupolitik wird mehr über die Einführung neuer oder die Verlängerung alter Interventionismen als über Deregulierung gesprochen, und in der Agrarpolitik ist es eine schlichte Selbstverständlichkeit, daß nationale Subventionen gezahlt werden, wenn europäische entfallen. Die Begründung ist immer gleich; es seien die politischen Zwänge, die nichts anderes erlauben. Wo bleibt da der hohe Anspruch, mit dem man angetreten war?

Die Liste der Schwachpunkte ließe sich verlängern. Da stellt sich z. B. die Frage nach der Dauer der weltwirtschaftlichen Belebung, von der gegenwärtig unser Export so stark angeregt wird. Und nach wie vor gehen Risiken von der Entwicklung in den USA mit ihrem riesigen Haushaltsdefizit aus; die jüngsten Eskapaden des Dollarkurses erinnern an diesen permanenten Unsicherheitsfaktor. Der erfreuliche Aufschwung unserer Wirtschaft darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Rahmenbedingungen zwar verbessert, aber noch keineswegs in Ordnung gebracht sind, weder die internationalen noch die inländischen. Unter diesen Umständen muß nachdrücklich davor gewarnt werden, die erstrebte Entwicklung zu mehr Wachstum und Beschäftigung zu gefährden. Daß solche Warnungen den Adressaten lästig sind, ändert nichts an der Notwendigkeit, sie auszusprechen.